

# Einmal Berliner Ring blockieren: 12.000 Euro

## „Letzte Generation“ gibt sich gemeinnützig

Damit sie Spenden besser verwalten können, haben Mitglieder der „Letzten Generation“ eine gemeinnützige GmbH gegründet. So wollen sich die Aktivistinnen in Zukunft in die Lage versetzen, Spendenquittungen auszustellen. Das teilte die „Letzte Generation“ in einer internen Chatgruppe mit. Damit wären Spenden an die Organisation steuerlich absetzbar. Der Staat würde damit durch Steuererleichterungen die Aktionen der radikalen Klimaaktivisten mittelbar unterstützen.

Die gemeinnützige Gesellschaft, die künftig die Spenden der „Letzten Generation“ verwalten soll, trägt den Namen „Klima- und Umweltaufklärung für den Erhalt der lebenswichtigen Ökosysteme gemeinnützige GmbH“ und hat ihren Sitz in Hamburg. Gegründet wurde sie bereits im Juli vergangenen Jahres. Bis Ende Februar dieses Jahres war Henning Jeschke, der auch Gründungsmitglied der „Letzten Generation“ ist, einer von drei Geschäftsführern der Gesellschaft. Das zeigen Unterlagen, die WELT AM SONNTAG vorliegen. Seit März wird die Gesellschaft nur noch von einem Leipziger und einer Magdeburgerin geleitet. Parallel zur Gründung des gemeinnützigen Unternehmens haben die führenden Köpfe der „Letzten Generation“ auch einen gleichnamigen Verein gegründet, der die 25.000 Euro Stammeinlage stellt und auch alleiniger Gesellschafter der gGmbH ist.

Vor der Firmengründung wurden die Gelder der „Letzten Generation“ auf einem Konto des Vereins Elinor Trenhand verwaltet. Der Verein bietet Gruppenkonten an, auf die mehrere Personen Zugriff haben, die aber ein kein privates Konto gebunden sind. Für dieses Projekt „Gruppenkonten“ wurde der Verein auch vom Wirtschaftsministerium gefördert. Nun teilte die „Letzte Generation“ schriftlich mit, dass Elinor der Gruppe „im Guten“ die Zusammenarbeit aufgekündigt habe. Als Grund



Mitglieder der Gruppe haben in Berlin ein Grundgesetz-Denkmal beschriftet

nannten die Aktivistinnen, dass Elinor Tausende Gruppenkonten verwalte und die Aktivitäten der „Letzten Generation“ „ein zu hohes unternehmerisches Risiko“ darstellen würden.

Laut eigenem Transparenzbericht, den die „Letzte Generation“ im Januar veröffentlichte, nahm die Gruppe im vergangenen Jahr 900.000 Euro an Spenden ein. Rund ein Drittel stammte aus Direktverweisungen, ein Drittel aus Sammel Spenden und von Crowdfunding-Web-Seiten. Zu dem habe man 10.000 Euro als Darlehen erhalten, hieß es. Die Ausgaben bezifferte die Aktivistinnen mit 535.519 Euro, rund 250.000 Euro seien für Mietkosten bezahlt worden, etwa für Wohnungen, in denen die Aktivistinnen leben. 100.000 Euro sollen für Materialkosten bezahlt worden sein, für Anwalts- und Gerichtskosten sowie „Prozessstrafen“ rund 18.000 Euro.

In einer internen Online Sitzung gingen die Aktivistinnen näher auf die Kosten ihrer Aktionen ein. „Eine Straßenblockade kostet ungefähr 76 Euro“, sagte Caris Connell, die sich um die Finanzen der „Letzten Generation“ kümmert. Das Geld benötige die Gruppe etwa für Westen, Banner, Kleber, Unterkünfte, Fahrtkosten. Und weiter: „Einmal den Berliner Ring blockieren: 12.000 Euro“. Das sei aber kein Problem. Im Monat November und Dezember etwa habe die „Letzte Generation“ deutlich mehr Geld bekommen, als sie ausgeben konnte. Man werde regelrecht „mit Spenden beworfen“. ALEXANDER DINGIER

Als die Tübinger Eberhard-Karls-Universität im Herbst 1995 die C4-Professur „Gesundheitssystemforschung“ ausschreibt, ist Karl Lauterbach 32 Jahre alt. Er hat gerade seinen Aufenthalt in den USA beendet, in der Tasche den „Doctor of Science“ der Harvard School of Public Health. Der aufstrebende Wissenschaftler verschenkt keine Zeit, am 10. Dezember schickte er eine Bewerbung für die Professur nach Tübingen.

VON ELKE BOODERAS, TIM RÖHN UND BENJAMIN STIBI

Die Akten des Berufungsverfahrens sind bis heute im Universitätsarchiv einsehbar – und könnten für den Bundesgesundheitsminister nun zum Problem werden. Denn auch seine Bewerbung lagert hier, und die lässt sich mit seiner tatsächlichen Laufbahn nicht in Einklang bringen. Wie aus den Unterlagen hervorgeht, war es vor allem ein Passus in der Bewerbung, der es der Berufungskommission angetan hatte: „Laufende Forschungsprojekte (Dritt-mittelförderung, Auswahl)“. Drei Beispiele nannte Lauterbach, eines davon: „Qualitätssicherung in der Prävention, Diagnostik, Therapie und Nachsorge des Mammakarzinoms durch das Tumorzentrum Aachen e. V., Studienleiter. Gefördert durch das Bundesgesundheitsministerium (2 Mill. DM)“. Bei einer persönlichen Vorsprache soll Lauterbach nachgelegt haben. In einem Protokoll heißt es, der Bewerber habe angegeben, „einen beträchtlichen Teil“ seiner eingeworbenen Drittmittel nach Tübingen transferieren zu können – ein dickes Plus für Lauterbach im Bewerbungsverfahren, denn die finanzielle Lage der Uni war prekär. Doch das Gesundheitsministerium teilte WELT AM SONNTAG in der vergangenen Woche mit, ein Projekt mit diesem Namen sei nicht bekannt. Auch im Bundesarchiv gibt es keine Dokumentation dazu. Der Verleger Thomas Kubo hatte bereits monatelang nach Belegen gesucht und war nicht fündig geworden; darüber schrieb er jüngst im Blog „Hintergrund“.

### EINER VON 600?

In der Bewerbung hatte Lauterbach das Tumorzentrum Aachen als Studienstandort angegeben. Dessen Ärztliche Leiterin Angela Spelsberg, damals mit Lauterbach verheiratet, erklärte gegenüber dieser Zeitung allerdings, zu einem Projekt mit dieser Beschreibung lägen keine Unterlagen vor. Sie verwies stattdessen auf eine 2002 erschienene, vom Gesundheitsministerium geförderte allgemeine Studie zu Krebsdaten in Aachen. Als Autoren werden sechs Personen aufgeführt – Karl Lauterbach ist nicht darunter. Und dann ist da noch ein Buch, das in der Berliner Stadtbibliothek lagert – mit exakt dem Titel, den Lauterbach in seiner Bewerbung angegeben hatte. Die Danksagung richtet sich an „600 Kollegen, Mitarbeiter und Helfer“.

Und wieder: Lauterbach taucht nicht als Autor auf, er wird nicht einmal erwähnt. Will er nicht „Studienleiter“ gewesen sein? Als eben jener wird Christian Mittermayer aufgeführt, damals Direktor des Instituts für Pathologie der RWTH Aachen. Am Telefon sagte Mit-

Der heutige Gesundheitsminister gab bei seiner Bewerbung als Uni-Professor an, beträchtliche Drittmittel besorgt zu haben. Aber Belege dafür sind nicht zu finden



Karl Lauterbach Anfang des Jahrzehntausends als Professor an der Uni Köln

# Wo sind Lauterbachs MILLIONEN?

ter mayer WELT AM SONNTAG, an Lauterbach erinnere er sich noch gut. In Bezug auf dessen Bewerbung in Tübingen möchte er allerdings Stillschweigen bewahren. Dazu habe man ihm geraten.

Damals, so viel steht fest, war Mittermayer auskunftsfreudiger. Im Januar 1996 wandte er sich mit einer schriftlichen Einschätzung zu Bewerber Lauterbach an den Dekan der Uni Tübingen. WELT AM SONNTAG konnte den Brief einsehen. Mittermayer schrieb, Lauterbach habe am Institut für Pathologie ei-

ne halbe Assistentenstelle innegehabt, „um ein Forschungsprojekt über Mammakarzinome zu bearbeiten“. Mit anderen Worten: Lauterbach war nicht – wie er behauptete – Leiter einer solchen Stelle, er war lediglich als Assistent beteiligt. Und die zwei Millionen D-Mark? Auch dazu möchte Mittermayer nichts sagen. Außer vielleicht: „Ich war damals in Aachen beruflich dafür, der King of Drittmittel zu sein.“

In dieser Woche schickte WELT AM SONNTAG noch einmal detaillierte

Fragen an Lauterbachs Sprecher Hanno Kautz. Um welche Studie geht es? Wer waren die Co-Autoren? Von wem und wann wurde ein Antrag auf Förderung gestellt? Wann wurde der Förderung stattgegeben? Wann floss das Geld? Kautz antwortete: „Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass nach mehr als einem viertel Jahrhundert die Details zu den von Ihnen erwähnten Studien nicht rekonstruiert werden können.“ Er verwies auf einen Vortrag Lauterbachs zu Mammakarzinomen im Jahr 1997. Wur-

# Meloni erhöht Strafen für Schlepper auf 30 Jahre

Nach dem Bootsunglück mit 72 toten Migranten vor Kalabrien steigt der Druck auf Italiens Regierung. Ein Besuch am Ort, wo immer mehr Flüchtlinge in Europa ankommen

der vor zwei Wochen zum Unglück beigetragen hat.

Dass Menschen von anderen Kontinenten über das Meer kommen, sind die Kalabrier seit vielen Jahren gewohnt. Doch zuletzt haben die Ankünfte stark zugenommen: Im vergangenen Jahr kamen 55 Prozent mehr Migranten als im Vorjahr an der Sohle des italienischen Stiefels an. Ihre Boote legten in Ägypten ab, im Libanon, in Syrien oder – wie im Fall des kürzlich verunglückten Holzboots – in der Türkei. Die Route über das östliche Mittelmeer ist lang und ge-

fährlich. Aus dem türkischen Cesme waren die Migranten bereits vier Tage unterwegs gewesen, bevor ihr Boot wenige Hundert Meter vor der Küste auf einer Sandbank zerbrach. Die Menschen wählten diese Route, weil die Grenzen auf dem Landweg zunehmend geschlossen werden. Die Tragödie von Cutro hat die Aufmerksamkeit nun endgültig auf diese Migrationsroute gerichtet.

„Nach dem Unglück von Lampedusa hatten alle gesagt, dass so etwas nie wieder passieren dürfte. Nun es ist doch geschehen, direkt vor unserer Haustür“, sagt Antonio de Biase beim Hundespaziergang. Er meint den letzten großen tödlichen Schiffbruch an Italiens Küste, bei dem im Jahr 2013 vor der sizilianischen Insel Hunderte Migranten starben. Obwohl zehn Jahre vergangen sind, hat sich rein gar nichts geändert: Noch immer geben die Flüchtlinge, die von Nordafrika nach Europa wollen, ihr Schicksal für Tausende von Euro in die Hände von Menschenschleppern und hoffen, dass deren Holzboote sie sicher an die gegenüberliegende Küste bringen. Allein im Jahr 2022 ertranken nach offiziellen Angaben 1368 Menschen im Mittelmeer. „So kann es nicht weiterge-

hen“, sagt de Biase und spricht damit für die vielen Menschen in Italien, die seit dem Unglück über kaum etwas anderes diskutieren.

Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hatte die Wirkung des Unglücks erst untersucht: Während Italiens Staatspräsident Sergio Mattarella unmittelbar nach dem Schiffbruch nach Cutro reiste, kritisierte Melonis Innenminister die Entscheidung der Migranten, auf das Boot zu steigen, als „verantwortungslos“. Es folgte eine große Empörung, die Opposition forderte seinen Rücktritt. Unklar ist auch, wer die Schuld am Unglück trägt, wo genau die Kommunikation zwischen der EU-Grenzschutzbehörde Frontex und italienischen Behörden schiefgelaufen ist.

Als Meloni schließlich merkte, wie aufgeheizt die Stimmung ist, verlegte sie eine Sitzung ihres Ministerkabinetts in die Gemeinde Cutro, um dort neue Maßnahmen in der Migrationspolitik zu beschließen. Die Politik der „geschlossenen Häfen“, die ihr Koalitionspartner Matteo Salvini einst medienwirksam propagierte, kann indes kein Teil der Lösung sein, weil sie niemanden vor dem Ertrinken rettet – das ist zumindest hier

den dafür zwei Millionen D-Mark gezahlt? „Habe ich das gesagt?“, erwiderte Kautz schriftlich. Ein Gespräch mit dem Minister? „Können wir nicht ermöglichen.“ Direkt an ihn gerichtete Fragen wollte Lauterbach ebenfalls nicht beantworten.

Auch eine zweite Behauptung zu Drittmitteln in der Bewerbung stimmt offenbar nicht. Lauterbach schrieb: „Cost-Containment and the Diffusion of new Technology in Health Care“, Studienmitteilung. Gefördert durch die Robert Wood Johnson Foundation, Princeton, USA. (100.000 US\$). WELT AM SONNTAG erreichte Alan B. Cohen, den Studienleiter, per E-Mail. Cohen teilte mit, er selbst habe die 100.000 Dollar beschafft: „Karl war nicht an der Beschaffung der Förderung beteiligt.“ Dieser hätte bloß bei der Konzeption und der Analyse der frühen Projektphasen „geholfen“.

**DAS BUCH UND DIE STIFTUNG** Und dann war da noch die zugesagte Förderung für ein Buchprojekt. In den Bewerbungsunterlagen führte Lauterbach an: „Ethik und Ökonomie im Gesundheitssystem. Buchautor. Gefördert durch die Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart. (20.000 DM)“. Auf Anfrage teilte die Stiftung WELT AM SONNTAG mit, man habe Lauterbach die Förderung zwar zugesagt, das Geld sei aber am Ende doch nicht geflossen. Der Grund: Das Buch wurde nicht fertiggestellt. Unschärfen gibt es in Lauterbachs angelegter Publikationsliste: Alle Bücher waren zum Zeitpunkt der Bewerbung noch nicht erschienen. Und auch viele der aufgeführten, von ihm verfassten Fachbeiträge befanden sich angeblich noch „im Druck“.

Was die Berufungskommission von allem wusste, ist unklar. Fakt ist: Sie wollte Lauterbach unbedingt. Noch bevor das Gremium die von ihr im Auftrag gegebenen externen Gutachten der Kandidaten gesichtet hatte, nahm der Verwaltungsdirektor des Uniklinikums Verhandlungen mit Lauterbach auf. Im Oktober 1997 entschied sich die Uni dann auch offiziell für den jungen Überflieger; der Beschluss fiel einstimmig. Trotzdem kam es nie zum Engagement Lauterbachs in Tübingen. Im April 1998 lehnte Lauterbach den Ruf ab.

Mit den Offerten aus Tübingen und einer weiteren aus Greifswald in der Tasche bewarb sich Lauterbach auf eine Stelle an der Kölner Universität. Welche Angaben er dort zu seiner Laufbahn machte, ist unklar; eine Bitte dieser Zeitung um Einsicht in die Unterlagen wurde abgelehnt. Die Rufe der beiden anderen Universitäten zeigten jedenfalls Wirkung: Fünf Wochen nach der Absage in Tübingen stieg Lauterbach in Köln als C4-Professor für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie ein.

Hatte die Tübinger Berufungskommission Lauterbachs Angaben überprüft? Die Uni antwortete, es sei „obligatorisch“, dass alle Bewerber einer „Wahrheitspflicht unterliegen, von deren Einhaltung ausgegangen werden darf“. Verleger Kubo will, dass Experten die Sache aufklären. Vor zwei Wochen hat er die Ombudspersonen der Universitäten Köln und Tübingen um eine Untersuchung der Vorwürfe gegen den Minister gebeten. Wie der Stand der Dinge ist, ist unklar. Die Unis teilen mit, derartige Verfahren seien „streng vertraulich“.

in Kalabrien allen klar. Natürlich fühlen sich manche Einwohner hier von den Fremden gestört. Doch die Mehrheit der Menschen plädiert dafür, legale Migrationswege zu öffnen und den Schleppern das Handwerk zu legen.

Die Entscheidungen, die Meloni und ihre Minister am Donnerstagabend verkündeten, gehen auf diese Forderungen ein. Strafen für Menschenschlepper werden auf bis zu 30 Jahre Gefängnis erhöht. Gleichzeitig wird das Migrationsgesetz so erweitert, dass mehr saisonale Arbeitskräfte künftig legal nach Italien einreisen können.

Zudem wurden Maßnahmen beschlossen, um die Zahl der Abschiebungen zu steigern. Doch offensichtlich sind nicht alle Bürger in Kalabrien damit einverstanden, wie Melonis Besuch in Cutro abgelaufen ist. Einige der Protestierenden waren ihr vor, nicht konsequent nach den Verantwortlichen für den Schiffbruch zu suchen und sich zu wenig für die Schicksale der Opfer zu interessieren. Aus Protest bewarfen sie den Konvoi der Regierungsvertreter mit Kuscheltieren – als Erinnerung an die vielen Kinder, die bei dem Unglück sterben mussten.